



Offene Briefe

Zum Bebauungsplanentwurf bezüglich des Ausbaus des Schöneberger Gasometers konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger ihre Stellungnahmen beim Bezirksamt einreichen. Auch fand eine öffentliche Anhörung (digital) statt. Im Wesentlichen ist alles gesagt. Im Kern geht es „nur“ noch darum, ob beim Innenausbau des Gasometers ein (siehe Foto) oder zwei obere Ringe der Stahlkonstruktion frei bleiben.



Foto: EUREF

Diejenigen, die eine Stellungnahme beim Bezirksamt eingereicht haben, erhielten vor einigen Tagen eine „Zwischeninformation.“ Die Stellungnahmen würden nun geprüft, heißt es in dem Schreiben. „Im nächsten Verfahrensschritt wird das Bezirksamt die eingegangenen Stellungnahmen ... abwägen und den sich aus der Abwägung ergebenden Entwurf des Bebauungsplans der Bezirksverordnetenversammlung vorlegen.“ Wegen des „Gesamtinteresses Berlins“ ist der Plan vor der Beschlussfassung der BVV der zuständigen Senatsverwaltung zur Rechtsprüfung vorzulegen. Gibt es keine Beanstandungen setzt das Bezirksamt nach dem BVV-Beschluss den Bebauungsplan als Rechtsverordnung fest.

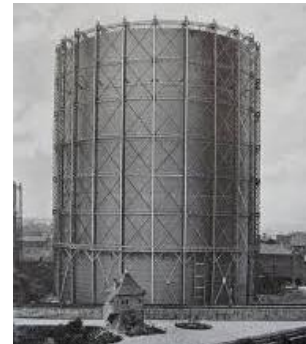
Soweit der Stand der Dinge. Wie bekannt, will die Deutsche Bahn 2023 mit 2.000 Beschäftigten in das Gebäude einziehen. Ein Ring weniger, würde die Zahl der Arbeitsplätze reduzieren, worauf sich die Deutsche Bahn nicht einlassen könnte.

In Kenntnis dieses Umstandes, versucht eine Bürgerinitiative dennoch, die Deutsche Bahn davon zu überzeugen, auf eine Etage zu verzichten. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die BI einen „Offenen Brief“ an die Deutsche Bahn geschickt.

Die Berliner Morgenpost meldet, dass sich die Bahn an der Debatte jedoch nicht beteiligen will. Ein Bahnsprecher äußert sich auf Nachfrage der Berliner Mor-

genpost nur knapp: „Offene Briefe beantworten wird grundsätzlich nicht. Als künftiger Mieter sind wir überzeugt, dass der Bauherr gemeinsam mit dem Bezirk eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung finden wird.“

„Offene Briefe“ sind Druckmittel, verfehlen jedoch im Regelfall die beabsichtigte Wirkung. Nicht nur die Deutsche Bahn, sondern auch Politiker beantworten aus gutem Grunde keine „Offenen Brief.“ Wer auf eine Antwort wert legt, sollte einen normalen Brief schreiben. Im Regelfall werden diese Schreiben beantwortet. Den Adressaten aber schon im Voraus unter Druck zu setzen, ist das Gegenteil von schlau.



Die BI befürchtet, dass der Ausbau bis zum vorletzten Ring der Sichtbarkeit des Gasometers schaden würde. Tatsache ist jedoch, dass das historische Erscheinungsbild des Gasometers alle Ringe verdeckt zeigt.

Die Initiative fordert von der Bahn in ihrem „Offenen Brief“ ein klares Be-

kenntnis: „Machen Sie deutlich, dass ein Gebäude, das den Belangen des Denkmalschutzes nicht gerecht wird, nicht in Ihrem Interesse liegt und eine über das bisher zulässige Maß hinausgehende Bebauung keinesfalls eine Voraussetzung für die Nutzung durch die DB darstellt.“ Foto: Hilmar Bärthel 1913

„Das Landesdenkmalamt“, berichtet die Berliner Morgenpost, „hatte in seiner Stellungnahme ... ganz ähnlich argumentiert. Darin wurde die durch den Investor angestrebte Ausbauhöhe von etwa 71 Metern abgelehnt. „Es ist nach wie vor unsere Auffassung, dass eine höhere Bebauung die stadtbildprägende Wirkung und die Ablesbarkeit der technischen Konstruktion des Gasometergerüsts erheblich beeinträchtigen würde.“ Die maximale Höhe des Baukörpers dürfe 57 Meter nicht übersteigen. Die Bürgerinitiative fordert, dieser Empfehlung zu folgen.“

Dieser Argumentation ist schwer zu folgen. Das Erscheinungsbild des Gasometers bleibt erhalten, ob oben ein oder zwei Ringe nicht bebaut werden. Letztlich muss sich die Politik entscheiden, ob sie wegen einem oder zwei freier Ringe das Bauvorhaben und die Ansiedlung von 2.000 Arbeitsplätzen scheitern lassen will.

Ed Koch